

N i e d e r s c h r i f t

der 4. öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement am 27. Mai 2010

Ort: Hansering 15, Raum 139
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Bürgermeister Dr. Thomas Pohlack	Stadtverwaltung
Frau Heike Mühlpfordt (i.V. f. Frau Christine Röhr)	EB ZGM
Herr Uwe Kohlberg	EB ZGM
Herr Michael Sprung	Stadtrat / CDU
Frau Martina Wildgrube	Stadträtin / FDP
Herr Klaus Hopfgarten	Stadtrat / SPD
Herr Rudenz Schramm	Stadtrat / parteilos
Herr Christoph Menn	Stadtrat / Bündnis 90/ Die Grünen
Herr Sabine Wolff (i.V. f. Herrn Tom Wolter)	Stadtrat / MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Bernd Bielecke	Betriebsleiter EB ZGM
Frau Jacqueline Ziederer	EB ZGM
Frau Sylvia Pfeiffer	EB ZGM
Frau Karin Harkenthal	EB ZGM

Entschuldigt fehlen:

Frau Christine Röhr	EB ZGM
Herr Tom Wolter	Stadtrat / MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Pohlack eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Betriebsausschussmitglieder und Gäste und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t.

Somit gilt folgende Tagesordnung als Verhandlungsgrundlage:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 16. März 2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 16.03.2010 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1 Restrukturierung und Neuausrichtung des EB ZGM
Vorlage: V/2010/08898
- 7.2 Prüfung der Selbstkostenkalkulation der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS GmbH) für die Berechnung der Entgelte im Bereich der Gebäudeinnenreinigung für das Wirtschaftsjahr 2010
Vorlage: V/2010/08906
- 7.3 Sachstand Inanspruchnahme Mittel für Bauunterhaltung, Instandhaltung und Instandsetzung
Vorlage: V/2010/08909
- 7.4 Sachstand Sanierung Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2010/08907
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 16. März 2010

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Frau Wolff enthält sich der Stimme, da sie zur Betriebsausschusssitzung am 16.03.2010 nicht anwesend war.

einstimmig z u g e s t i m m t.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Betriebsausschusses des **EigenBetriebes Zentrales GebäudeManagement** am 16. März 2010 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 16.03.2010 gefassten Beschlüsse

Es wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Schriftliche Anfragen von Stadträten und Beschäftigtenvertretern des EB ZGM

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Restrukturierung und Neuausrichtung des EB ZGM

Herr Bielecke gibt einen mündlichen Bericht zum aktuellen Stand Restrukturierung und Neuausrichtung des EB ZGM.

Herr Bielecke konzentriert sich auf ein Thema, welches zurzeit im Zusammenhang mit der Restrukturierung des EB ZGM diskutiert wird, die Bildung des Hauptamtes, da Aufgaben aus dem EB ZGM umgesetzt bzw. übertragen werden sollen in die Kernverwaltung, zurück zu dem Hauptamt. Dazu hat es seit dem letzten Betriebsausschuss Abstimmungen mit der Kernverwaltung gegeben. Anhand einer Grafik, welche noch ein Arbeitspapier ist, erläutert Herr Bielecke per Power-Point-Präsentation den Vorschlag zur Struktur des Hauptamtes. Diese Grafik wird allen Betriebsausschussmitgliedern auch in Papierform ausgehändigt.

> Herr Hopfgarten kommt zur Betriebsausschusssitzung hinzu. <

Herr Bielecke: Dies betrifft die Nicht-Gebäudemanagement-Leistungen wie Poststelle, Kopierstelle, Fuhrpark/ Fahrer, Zentraler Einkauf, TK-Infrastruktur, Raumplanung, Pfortendienste, Telefonvermittlung, Veranstaltungstechniker.

Bei Verwaltungstechnikern ist man damals davon ausgegangen, es wären Nicht-Gebäudemanagement-Leistungen. Das trifft aber in dem Falle nicht zu. Es wäre katastrophal, die TK-Infrastruktur herauszunehmen, dann hätten wir im EB ZGM niemanden mehr, der im Schwachstrombereich Kompetenzen hat. Es ist schlichtweg falsch, vom Ansatz her, das rauszunehmen. Diese Dinge werden zu einer immer bedeutenderen Kompetenz im Bereich der Gebäudeautomation und Gebäudeverwaltung. Das macht auch keinen Sinn, dies in ein Amt wieder zurückzugliedern, weil das technische Strukturen sind. Da sind noch andere Dinge dabei, bei denen die Einführung der Doppik, die wir im EB ZGM ja schon haben, sinnvoll ist. Es wird sicherlich eine anspruchsvolle Aufgabe sein, die Doppik in der Kernverwaltung einzuführen.

Außerdem gibt es auch Bereiche, wie beispielsweise die Raumplanung, die sinnvollerweise auch bei uns ist, weil sie eng mit der Raumnutzung verbunden ist und insofern an der Stelle richtig angesiedelt ist.

Pfortendienste sind aus unserer Sicht auch etwas sehr wichtiges, was den Betrieb und die Nutzung der Gebäude anbetrifft. Dort haben wir in der Vergangenheit in einigen Bereichen angefangen zu straffen und auch für mehr Kompetenz zu sorgen.

Was in der Phase der Bildung dieses Hauptamtes in das Hauptamt hinein gebracht werden sollte, sind die Dinge, die Sie in der 2. Zeile sehen, das ist die Poststelle. Sie ist unkompliziert in die Verwaltungsstruktur hineinzubringen. Das trifft auch auf die Kopierstelle zu.

Es gibt einen Aspekt im Bereich der Beförderungsdienste. Da geht es um die Koordination der Mobilität und auch die Planung der Mobilität. Es geht um die Frage der Bedarfe, die entstehen und wie man sie am besten decken kann. Damit kann auch eine Aufteilung der Kompetenzen und der Ansprechpartner zu einer Koordination im Bereich des Hauptamtes stattfinden. Die Leistungserbringung aber über den Fuhrpark, in Zusammenarbeit auch mit den Stadtwerken, soll beim ZGM bleiben. Wir haben die Zahl der Kraftfahrer drastisch reduziert. Im Moment sind es 5 Kraftfahrer, wobei nicht alle Stellen zz. besetzt sind, durch einen sehr bedauerlichen Todesfall. Wir haben auch Altersteilzeit in diesem Bereich.

Es ist ähnlich angedacht im Bereich Einkauf, also da auch eine Koordination über die Frage Katalogeinkauf im Hauptamt zu belassen, die Leistungserbringung aber, und das ist ein wichtiger Aspekt dabei, da wir ja auch die Frage der Doppik bereits realisiert haben, soll im ZGM bleiben. Wir haben auch die entsprechenden Module im SAP-Bereich, was bei uns schon seit langer Zeit eingeführt ist. Die Kernverwaltung arbeitet noch an diesem Thema und würde für die Realisierung noch einige Zeit brauchen. Wie gesagt, bei uns ist die Doppik – wir müssten, wenn wir das zurückführen würden, ohnehin für kurze Zeit wieder auf die Kameralistik umsteigen. Es bringt also von der Sache her nichts. Natürlich müssen wir auch die Methodik im Bereich des Einkaufes weiter im Auge behalten. Wichtig ist vor allem die Standardsetzung, insbesondere die Frage Autorisierung u.dgl. und sind Voraussetzung, dass das weiter voran kommt. Die können wir nicht dezentral setzen, aber wir müssen uns auf die Entwicklung vorbereiten. Das Thema Katalogeinkauf ist ein ganz wichtiges, das angegangen werden muss.

Auch im Bereich der TK-Infrastruktur und Raumplanung macht es wenig Sinn, die Dinge zu verlagern und zu den Pfortendiensten habe ich mich auch mehrfach geäußert.

Es gibt dann die Position Telefonzentrale. Sie ist zz. besetzt mit Mitarbeiterinnen und einer Stelle, die als Sozialstelle existiert, für einen Blindenmitarbeiter, der auch nur zeitweilig verfügbar ist. Das ist relativ unkompliziert und von der räumlichen Verteilung her so, dass sie ohnehin im Bereich des Ratshofes tätig sind, der von der Seite her ermöglicht zu organisieren, dass das direkte Ansprechen der Mitarbeiter dort möglich ist.

Die Veranstaltungstechniker gehören aus meiner Sicht insbesondere in den Bereich, in dem die TK-Infrastruktur, die an Gebäude gebundene, vorhanden ist. Ich erinnere an das Thema papierlose Ratsarbeit. Wir haben das relativ unkompliziert und auf kurzem Wege organisiert.

Es gibt ein paar Entwicklungsziele, über die man in der 4. Ebene nachdenken muss, das sind Zielstellungen, die im Hauptamt mit umgesetzt werden, wo wir selbstverständlich von unserer Seite her auch mitwirken. Das sind gerade die Bereiche bei der Poststelle, bei der Frage, wie der Dokumentenfluss aussehen wird. Durchaus vorstellbar ist, dass man in der nächsten Zeit dazu kommt, dies auch wesentlich stärker auf elektronischem Wege zu machen. Ich persönlich kenne das, wir haben das insb. im Rechnungsdurchlauf praktiziert. Wir werden im EB ZGM sehr stark darüber nachdenken, das möglichst bald einzuführen, um die Wege zu verkürzen. Das ist auch dringend notwendig, um der Dynamik in diesem Bereich mehr Schlagkraft zu haben. Der gesamte Posteingang wird gescannt, auf elektronischem Wege weitergegeben und registriert. Gerade die Registraturarbeit ist intensiv und kann man wesentlich reduzieren in diesen Bereichen. Es muss dann aber komplett durchgesetzt werden. Da ist es sicherlich auch zweckmäßig, dass so ein Hauptamt bestimmte Kompetenzen hat, um in der Verwaltung bestimmte Vorgaben machen zu können. Das ist uns ja als EB ZGM nicht zugebilligt worden. Nur die Dienstleistung ist zu wenig, es müssen Vorgaben da sein.

Dann gibt es bei der Telefonzentrale das Stichwort D 115, die landesweite Einwahl für Menschen, die Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch nehmen möchten. Das wäre eine Basis, von der Telefonzentrale aus mitzuwirken. Es gibt in Magdeburg bereits solche Ansätze dazu. Ob das wirklich die allein glücklich machende Lösung ist, kann ich im Moment nicht beurteilen. Ich denke, dass da immer auch eine örtliche Kompetenz da sein muss. Es ist sicherlich auch vernünftig, diese Frage im Rahmen des Hauptamtes anzugehen und zu lösen. Das wäre auch relativ unkompliziert möglich, wenn ein Kernproblem gelöst wäre, das ist die Finanzierung dieser Leistung im Rahmen des städtischen Haushaltes.

Was sicherlich nicht funktioniert, ist die Frage der Finanzierung aus dem Entgelt für die Gebäudebewirtschaftung. Das ist ausgesprochen knapp bemessen und die Dinge spitzen sich auch weiter zu. Diese Dinge auch noch aus den Entgelten für Gebäudedienstleistungen heraus zu finanzieren, wäre falsch.

Das haben wir soweit vorbereitet, koordiniert und abgestimmt mit den Kollegen, die sich in der Kernverwaltung konkret mit diesen Dingen befassen. Wenn man die Frage der Finanzierung geklärt hat, wäre ein Zwischenschritt durchaus denkbar, dass wir Mitarbeiter bereitstellen für diese Aufgaben, in einem Hauptamt, wo Strukturen sich herausbilden können. Das wäre auch für den Übergangszeitraum denkbar, beispielsweise für die Zeit bis zum Jahresende. Das würde an den finanziellen Problemen nichts ändern. Es gibt auch das Strukturbild in der Kernverwaltung, wo das ganze auch passieren kann. Wir haben in der 1. Zeile auch noch mal die betreffenden Mitarbeiter benannt, wobei z.T. nicht in der Gesamtheit die Personen verfügbar sind, sie sind z.T. in der ATZ und würden auch in der Kernverwaltung nicht für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen. Das ist eines der Kernprobleme. Wir haben im Wesentlichen 12 Mitarbeiter, die übergehen würden in die Kernverwaltung. Natürlich muss dazu auch der entsprechende Prozess für die Mitbestimmung in die Wege geleitet werden. Das würden wir dann entsprechend tun, wenn wir offiziell dazu autorisiert werden.

Es gibt noch einige Fragen, die in der Kernverwaltung intern zu besprechen und zu lösen sind. Dazu kann von unserer Seite aus nur mitgewirkt, jedoch nicht entschieden werden.

Das war eines der wichtigsten Punkte, die wir seit März mit den Kollegen sehr intensiv besprochen haben.

Nach der letzten Beratung des Ausschusses will ich auch benennen, dass der Personalrat einen Beschluss gefasst hat, den ich auch sehr begrüße, dass man die notwendigen Personalverstärkungen auch mit tragen möchte. Das finde ich ausgesprochen positiv. Selbstverständlich sind auch in diesen Fällen die entsprechenden Rechte zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Tatsache werden wir auch zum 01.06.10 die erste Neueinstellung vollziehen, d.h., der ausgewählte und sehr geeignete Kandidat für den Assistenten des Betriebsleiters wird also am 01.06.10 beginnen. Es war ein langer Weg bis dahin. Ich habe mir auch ein paar Aufgaben aufgehoben, für den Zeitpunkt, ab dem der Assistent verfügbar ist. Er wird eine Menge an Arbeit und auch eigene Verantwortung haben, natürlich immer im Rahmen der Zuständigkeiten. Dann ist, so hoffe ich, möglich, dass wir insbesondere Ziele der Restrukturierung straffer und intensiver angehen können. Aber dazu bedarf es auch einer bestimmten zeitlichen Kapazität, die dann, denke und hoffe ich, auch da sein wird. Wir werden das entsprechend vertiefen.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Arbeitsmittel. Wir sind jetzt soweit, dass wir ein CAFM-System in Kürze einführen können. Es gibt ein Angebot der ITC, das aus unserer Sicht sehr geeignet ist und kurzfristig verfügbar sein wird, so dass wir beginnend ab dem III. Quartal 2010 die Einführung auf den Weg bringen werden. Das ist auch finanziell darstellbar. Die Belastungen, die wir dadurch haben, sind überschaubar. Wir haben auf einer Mietbasis die Möglichkeit das einzuführen. Der wichtige Punkt dabei ist, Daten verfügbar zu machen. Eine Beschaffung, die wir in diesem Jahr ausgeführt haben, versetzt uns in die Lage, zumindest grundlegende Dinge auf die Reihe zu bringen. Es gibt einen großformatigen Scanner, über den wir die vorhandenen Papierpläne als Pixel-Datei aufnehmen und zu den Dateien, die wir schon an verschiedenen Stellen gesammelt haben, hinterlegt werden können. Es ist so, dass das CAFM die Gesamtdatenbank darstellt, wo sowohl grafische als auch numerische Daten zusammengeführt werden. Wir sind mit dem System, das bei uns eingeführt werden soll, auf dem gleichen System, wie in den Stadtwerken. Wir versprechen uns davon auch einige Synergieeffekte und vielleicht gibt es da auch eine verstärkere Kooperation. Wir haben auch mit den Kollegen überlegt, wie sich das umsetzen lässt. Das wird etwas sein, was ab Juli in die Wege geleitet werden muss. Wir werden auch ab diesem Zeitpunkt die Zusammenführung des Technischen Objektmanagements vollziehen. Das wird allerdings ähnlich, wie wir das gemacht haben mit den Nicht-Gebäudemanagement-Leistungen, zunächst mal organisatorisch in die Wege geleitet und dann werden die Einzelheiten dazu auch ausgeführt und festgesetzt.

Das Kernstück, was jetzt vor allem ansteht, ist die Frage der Bildung und Mitwirkung an der Bildung des Hauptamtes und die Zusammenführung der Technischen Bereiche zum Technischen Objektmanagement. Wir werden in dem Zuge allerdings auch, und die Notwendigkeit zeigt sich in der Durchführung der K II-Projekte, Voraussetzungen schaffen müssen, um Qualitätssicherung zu gewährleisten. D.h., dass wir zu der Struktur, die wir aufgezeigt haben, eine Stelle einrichten müssen, wo diese Qualitätssicherung stattfindet, aber nicht in den peripheren Bereichen, sondern in Kernkompetenzen, d.h. im Bereich der Gebäudebewirtschaftung, Gebäudeplanung und baulichen Begleitung von Vorhaben. Das muss mit den verfügbaren Mitarbeitern passieren. Es hat uns in den vergangenen Monaten sehr intensiv beschäftigt, dass natürlich bei den derzeit besonders intensiv anstehenden Aufgaben im Bereich des Konjunkturprogramms schon deutlich wird, dass die verfügbaren Personen sehr knapp bemessen sind, im Verhältnis zu den Aufgaben, die bestehen. Natürlich gehen wir davon aus, dass die Aufgaben im K II-Programm sich nicht nahtlos in der Zukunft fortsetzen werden, so dass wir die personelle Ausstattung in diesen Bereichen daran bemessen müssen, was dauerhaft und nachhaltig an Personal da ist.

Wir haben auch in dem Sinne versucht, die Ausbildung weiter voranzubringen. Wir werden einen Bauzeichnerlehrling in diesem Jahr einstellen. Der entsprechende Vertrag ist vorbereitet. Wir sind dabei, die Frage zu prüfen, ob im dualen Studium Personal für die technischen Bereiche zur Verfügung gestellt werden kann. Es gibt einen Ansatz, wir haben dazu mit der Hochschule Anhalt verhandelt. Ich kenne es insb. aus Baden-Württemberg, es ist dort ein sehr bewährter Weg, dass man über das duale Studium langfristig kompetente

junge Menschen an Betriebe bindet, die sich bereit erklären, dauerhaft an der Stelle zu wirken. Das wäre ein Weg, den wir versuchen zu gehen.
Soweit zu den wichtigsten Schwerpunkten in der Frage der Restrukturierung und Neuausrichtung des EB ZGM.

Herr Schramm: Ich bin sehr erfreut, dass in der personalpolitischen Situation Veränderungen zum Positiven zu sehen sind, denn das war ja in der letzten Sitzung Kernproblem.

Es gab eine Anfrage von Johannes Krause, die am 17.03.10 von Herrn Geier und Herrn Dr. Pohlack beantwortet wurde. Es ist davon auszugehen, dass die neue Organisation des Hauptamtes im II. Quartal 2010 per Organisationsverfügung realisiert wird. Das ist sicherlich nicht mehr so zu schaffen. Ich wollte auch nur noch mal bestätigen, dass wir größtes Interesse auch von unserer Seite, also als Aufsichtsrat ZGM, haben, o.k., die Kernverwaltung löst dieses Problem.

Herr Dr. Pohlack: Ich habe Herrn Geier am 25.05.10 dazu intensiv befragt und finde keinen wirklichen Grund, woran das hängt. Unsererseits ist alles vorbereitet, es ist ja auch in dem Sinne inhaltlich die absolut kleine Lösung, so wie das aus dem Strukturplan hervor geht. Wie Herr Bielecke gesagt hat, die Diskussion darüber, dass man dazu in der Kernverwaltung eine finanzielle Ausstattung braucht, um die Aufgabe zu erfüllen, ist ja wahrlich nicht neu und zieht sich von Anfang an durch. Ich kann es nicht wirklich nachvollziehen. Ich will Sie jetzt nicht dazu auffordern, in einem anderen Gremium eine entsprechende Frage zu stellen, aber ich habe keine Antwort bekommen. Es kehrt sich für mich ein bisschen der Spieß um, ich werde jetzt in Zukunft bei den verwaltungsinternen Diskussionen vielleicht derjenige sein, der in andere Richtung die Frage stellt, wann wird es denn endlich. Das, was wir vom ZGM aus machen können, würde ich als getan ansehen. Es sind die Personen definiert, es sind die Kosten definiert, die dann entstehen. Es gibt auf der anderen Seite einen Lösungsansatz, der aus Richtung Finanzbereich kommt, der da heißt, für die Anzahl der Personen, die rüber gehen, wird diese Servicepauschale entsprechend gekürzt. Darauf kann man sich, wenn es keinen Ersatz für diesen finanziellen Ausfall gibt, nicht ernsthaft einlassen. Das ist genau der Punkt. Wir haben ja dann noch mal in der Tagesordnung die Fragestellung, wie weit kommen wir denn eigentlich noch mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Dann werden Sie zu hören bekommen, dass wir eigentlich alles gebunden haben und kein Bewegungsspielraum mehr da ist. So kann es nicht gehen. Irgendwer wartet da auf ein Wunder.

Herr Bielecke: Wir haben die Finanzströme auch kommuniziert. Dieses Verhältnis in der Gesamtherauslösung etwa 1:4. Wenn alle diese Aufgaben aus der Struktur rausgehen würden, hätten wir etwa einen Finanzaufwand von rund 2 Mio. €. Jetzt haben wir nicht ganz 500 T€, um die es bei den Personal- und sachbezogenen Kosten geht. Die müssten für diese Initiierung des Hauptamtes zur Verfügung stehen. Da gibt es noch ein paar andere Dinge, weil es innerhalb dieses Hauptamtes offensichtlich Vorstellungen gibt, bestimmte Stellen verfügbar zu haben. Das ist bei uns nicht erfasst, weil es bei uns nicht als Aufgabe da war. Unabhängig davon, haben wir die Zahlen für die Jahre 2008, 2009, 2010 da. Daran, jetzt die Klarheit daraus nicht zu haben, kann es nicht liegen. Es ist auch inhaltlich mit den Kollegen alles besprochen und sind uns auch inhaltlich zu diesen Positionen letztendlich einig. Das ist das, was wir leisten können, was wir gemacht haben. Ich will auch niemandem eine Verantwortung zuschieben, aber ich stehe an dem Punkt, bis dahin können wir was tun, jedoch nicht vollziehen, weil es Aufgaben sind, die in der Kernverwaltung letztendlich nur vollziehbar sind.

Herr Schramm: Wäre es nicht sinnvoll, dass die Fraktionen, wenn Sie Ihr Einverständnis geben, dass der Weg, den Herr Bielecke beschrieben hat, sinnvoll ist, die Verwaltung beauftragen, auf der Basis dieser erarbeiteten Sachen dieses unverzüglich umzusetzen. Wir drehen uns sonst hier nur im Kreis. Wenn das ZGM in dieser Form nicht akzeptiert wird und wenn Herr Dr. Pohlack sich in der Runde nicht durchsetzen kann, dann sollte man der Verwaltung den Auftrag erteilen. Ich weiß nun nicht, wie die anderen Fraktionen dazu stehen. Wir sitzen sonst hier in 2 Jahren vielleicht immer noch an derselben Stelle und wir werden kein Wunder haben. Wir haben auch den Haushalt beschlossen. Das wird sich 2011 irgendwo dann auswirken müssen. Wir können uns nicht in die Tasche lügen.

Herr Dr. Pohlack: Sie haben das so schön gesagt, mit dem Durchsetzen. Ich persönlich bin in einem Konflikt, der gar nicht lösbar ist. Ich kann natürlich mich hinstellen und sagen, o.k., es gibt keinen finanziellen Aufwuchs für die Kernverwaltung, wir nehmen das zu Lasten des Serviceentgeltes. Oder wie dann die Haushaltsdiskussion verwaltungsintern läuft, dann muss ich das aus meinem Dezernatsbudget Dezernat II „herausschwitzen“. Dann bin ich wieder bei Straßenunterhaltung, da wo wir mühevoll für dieses Jahr wenigstens eine vernünftige Ausstattung haben. Wir haben ja auch im Zuge der Haushaltsdiskussion ein kleines hoffnungsvollen Aufflackern dieses Themas gehabt, mit dem Antrag von Herrn Wehreich, auch die finanzielle Ausstattung des EB ZGM aufzubessern, die ja letzten Endes der Gesamthintergrund ist. Man könnte sich über alles unterhalten, wenn die Gesamtausstattung für das EB ZGM eine vernünftige Größenordnung hätte. Der Zug ist aber mit der Haushaltsdiskussion natürlich abgefahren. So stehe ich im Prinzip täglich vor dem Konflikt, meinem benachbarten Dezernat mehr oder weniger deutlich zu sagen, wie lange braucht ihr noch, weil ich weiß, wenn ich das oft genug sage, kommt man so unter Druck, dass die Zuweisung des Serviceentgeltes einfach reduziert werden muss. Dann haben wir auch nichts gekonnt. Deshalb habe ich mich im Moment noch für einen Schwebezustand entschieden, der da heißt, wir lassen es erst mal so wie es ist, obwohl es formal anders auf dem Papier steht. Im Grunde genommen heißt es, wenn es eine Hilfe aus dem politischen Raum geben soll und kann, in jeder Form Verbesserungen der finanziellen Ausstattung. Wir sind an einem Punkt, wo wir nicht mehr arbeiten können.

Frau Wolff befürwortet die Idee von Herrn Schramm, dass alle Fraktionen die Verwaltung beauftragen.

Herr Dr. Pohlack: Wenn das so kommt, dann geht meine Bitte dahin, dass das verbunden wird mit einer Forderung nach einer vernünftigen finanziellen Ausstattung. Das muss zwingend miteinander hergehen.

Frau Wolff: Wir hatten das auch besprochen im Zuge des Antrages finanzielle Ausstattung ZGM zur Haushaltsdiskussion. Wir hatten auch gesagt, dass wir diesen unterstützen und dass es notwendig ist, das endlich auch mal anzugehen. Von daher könnte ich für unsere Fraktion sagen, wir könnten einen gemeinsamen Antrag unterstützen.

Herr Schramm: Das hätte natürlich einen Scharm, wenn die Haushaltsleistungen herausgerechnet würden, so wie es Herr Geier vielleicht vor hat. Dann würde es ja absurd mit dem ZGM. Diese Darstellung ist dann auch mal interessant. Wir bekommen ja 2010 sowieso keine Lösung in finanzieller Art mehr hin. Wir können das ja nur in den Zeitraum 2011 schieben. Die Frage ist jetzt, was strukturell und organisatorisch vorgenommen wird.

Herr Dr. Pohlack: Mir schwebt vor, dass ab dem Haushalt 2011 eine Instandsetzungspauschale, über die Höhe müsste man sich noch mal Gedanken machen, im Haushalt eingeplant wird und dem ZGM zur Verfügung steht. Darauf muss es hinaus laufen, dass im Zuge der zukünftigen Haushaltsplanung das von vornherein berücksichtigt wird. Alles andere, was bisher früher an Zuschüssen an das ZGM reingeflossen ist, z.B. für die Nichtgebäudemanagementleistungen, sind im Zuge der etwas falsch verstandenen Konsolidierungsbemühungen einfach gestrichen worden, ohne dass es dafür einen Ersatz gibt. Die Leistung ist hier geblieben, die finanzielle Verpflichtung und das fiktive Entgelt in Form des Zuschusses von Nichtgebäudemanagementleistungen sind gestrichen worden. Das sind die Konsolidierungsergebnisse im Zuge des sog. Rauschenbach-Konzeptes. Damit kommen wir an die Lebensgrenze. Deshalb heißt die Lösungsformel für die Zukunft, dass im Zuge der Haushaltsdiskussion eine Mindestausstattung berücksichtigt werden muss. Es muss eine Pauschale zur Verfügung stehen, über die die Geschäftsleitung in Kenntnis des dringenden Handlungsbedarfes verfügen kann. Dann müssen für bestimmte Projekte, die geplant werden an städtischen Verwaltungsgebäuden, projektbezogene Investitionszuschüsse extra noch her. Aber diese Pauschale hat eine ganz, ganz wichtige Bedeutung. Wenn die Bildung des Hauptamtes zu Lasten dieser Pauschale geht, dann sind wir wirklich unbeweglich. Das ist der Konflikt.

Herr Menn: Ich glaube, es wäre ganz hilfreich, wenn Sie da eine konkrete Summe nennen könnten.

Herr Bielecke: Es geht ganz konkret um eine Größenordnung von 470 T€, die für diese Dinge bereit gestellt werden müssten. Die wäre in diesem Jahr faktisch notwendig.

Herr Menn: Ich meine den Gesamtzuschuss.

Herr Bielecke: Das haben wir in der Diskussion um den Wirtschaftsplan bereits dargestellt. Wir kommen ja nochmal zu diesem Thema. Ich kann an der Stelle aber auch sagen, wir haben ja die Kalkulation hier in diesem Rahmen diskutiert, auch im Rahmen des Finanzausschusses. Also die Verweisung, die Herr Bauersfeld mit seinem Antrag vorgenommen hat aus der gestrigen Stadtratssitzung, halte ich für fachlich falsch. Diese Kalkulation hat nichts im Bildungsausschuss zu suchen, der ist nicht zuständig dafür. Das müsste in jedem Fall natürlich weiter hier im zuständigen Ausschuss diskutiert werden. In dem Zuge haben wir gesagt, was ist das Wünschenswerte, was ist das Notwendige und was ist das im Extremfall gerade noch das Vertretbare. Diese Zahlen haben wir da und werden sie im Zuge der Diskussion nochmals aufbereiten. Wir würden die Kalkulation nochmal im Juli vorlegen. Zum nächsten Bildungsausschuss wird das schwierig, weil der bereits am 01.06.10 stattfindet.

Herr Dr. Pohlack: In den nächsten Wochen gehen die Haushaltsdiskussionen für das Haushaltsjahr 2011 los. Wir sollten frühzeitig eine Größenordnung für eine notwendige finanzielle Ausstattung für den EB ZGM formulieren. Da gibt es einen Personalkostenzuschuss, einen Instandhaltungszuschuss, mit dem man arbeiten muss, einen Durchlaufposten Betriebskosten, den man ungefähr eingrenzen kann, und darüber hinaus ist dann, je nachdem, was sich der Investitionshaushalt leisten kann, ein Zuschuss für die einzelnen Projekte notwendig. Das muss ganz frühzeitig in die Haushaltsdiskussion reingebracht werden.

Herr Sprung: Die Diskussion muss von der Warte kommen, genau getrennt, was ist Instandhaltung, was sind Betriebskosten, was sind Personalkosten. Das Serviceentgelt mit der m²-Zahl hat erst mal nur verwirrenden Charakter. Das ist ein großes Problem im Verständnis, wenn ich versuche in der Fraktion zu klären, wie sich was zusammen setzt. Wir haben Immobilien, das kostet die Unterhaltung, das kostet die Investition als Extraposition, dass es vier getrennte Zahlen sind und die Zurückrechnung, die die Sache dann völlig verschwammt, hat da noch nichts zu suchen. Die Zurückrechnung auf die m²-Pauschale ist dann spätere Aufgabe für das Papier.

Herr Dr. Pohlack: Sie haben zu großen Teilen recht. Vielleicht haben wir bei den Darstellungen, die wir bisher gemacht haben, auch zu viel vorausgesetzt. Es entsteht in der Tat durch so eine Diskussion Serviceentgelt pro m² ein mietähnlicher Eindruck. Man kann mit der Zahl 2,31 € wirklich nur dann etwas anfangen oder kann sie ins Verhältnis setzen, wenn man die Zahl dagegen setzt, die normalerweise üblich ist, die normalerweise bei vergleichbaren Unternehmungen ausreichen, um die Immobilien auf dem Status quo zu unterhalten. Das haben wir versucht darzustellen, dennoch muss ich einräumen, dass im Zuge der Diskussion, mir ist das im Gespräch mit Herrn Bauersfeld auch so gegangen, das einfach untergeht, diese Betrachtung, dass andere Immobilienbetriebe, wir hatten ja auch einen Vorschlag gemacht 4,50€, da sind wir immer noch unterhalb einer vernünftigen Miete, die sonst im gewerblichen Bereich gezahlt wird. Aber das ist in der Diskussion in den Fraktionen sicherlich schwierig, das über den Weg herzuleiten. Das können wir immer parallel als Kontrollrechnung machen. Wir sollten aber wirklich sehen, so eine Instandhaltungspauschale ein Stück weit zu untersetzen. Vielleicht kann man das mal exemplarisch anhand der Ausgaben eines Jahres darstellen, das man sagt, so ist das im letzten Jahr gekommen und es gibt einen langjährigen Erfahrungswert. Das ist einfach eine Mindestgröße, die für die Unterhaltung gebraucht wird. Dann kann man eine Zahl noch dagegen setzen und kann sagen, z.B. die Immobilienverwaltung für die Jenaer kommunalen Gebäude wendet auf pro m² für die Instandhaltung so und so viel m². Wir sind dann immer noch so und so viel drunter. Dass man sich nach mehreren Richtungen vergleicht, weil bei den Pauschalen immer mal wieder passiert, wenn das nicht strukturiert untersetzt ist, sind die Streichungsbemühungen, an der Stelle, wo insg. eine große pauschale Summe steht, immer ganz vorn dran.

Herr Bielecke: Wir bereiten das auf, aber bis zum 01.06.10 schaffen wir das nicht.

Herr Schramm: Das Eigentum der gesamten Gebäude, die das ZGM verwaltet, ist eine Größe „x“ und wir können genau heraus rechnen, wo der Wertverlust jedes Jahr ist. Dass man vielleicht auch mal den anderen Stadträten sagt, wenn wir so wirtschaften, vernichten wir jedes Jahr diesen Anteil Wert.

Herr Bielecke: Ich wäre für einen Gebäudebericht, den man durchaus jährlich vorlegen könnte, wo wir den Zustand der Gebäude darlegen könnten. Da können wir auch diese wertmäßige Entwicklung sehen und wir sollten sicherlich nicht nur den rein geldmäßigen und buchmäßigen Entwicklungsschritt aufzeigen, sondern auch die bauliche Substanz. Ich würde das als vernünftig halten und kann man regelmäßig vorlegen. Wir machen ja auch Energieberichte, zwar in einem anderen Rhythmus, aber wir für uns brauchen diese Gewissheit und ich habe nie Scheu damit, das auch zu kommunizieren, wobei man es damit auch plastisch darstellen könnte.

> Herr Sprung verlässt die Sitzung. <

Herr Dr. Pohlack: Wir haben das mal mit der Straßenunterhaltung gemacht und sind zu ganz drastischen Ergebnissen gekommen. Wir müssen dann wieder einen Schnitt machen und sagen, die Realität ist, wir haben insg. so und so viel Geld zur Verfügung, was ausgegeben werden kann, wir können bis zum gewissen Grade zwischen den verschiedenen Aufgabenspektren sortieren und dann muss aber trotzdem ein Mindestbedarf definiert werden, damit es überhaupt noch funktioniert.

Gibt es zu dem Zwischenlagebericht noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

zu 7.2 Prüfung der Selbstkostenkalkulation der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS GmbH) für die Berechnung der Entgelte Im Bereich der Gebäudeinnenreinigung für das Wirtschaftsjahr 2010

Herr Bielecke: Mir war es wichtig, dass Sie von der Methodik her wissen, wie die Dinge sind. Es gibt eine Vertragssituation, in der die HWS (ehem. Stadtwirtschaft) tätig ist und zu Beginn dieses Vertragsverhältnisses Personal übernommen hat. Es sind auch eine ganze Menge an Schritten vollzogen worden. Es wird jährlich, im regelmäßigen Abstand, geprüft, ist gerechtfertigt, was im Vertrag angesetzt wird oder nicht. Diese Prüfung wird von der WIBERA vorgenommen, das ist ein anerkanntes, im kommunalen Bereich tätiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Wir haben einen zusammenfassenden Bericht erstellt. Dabei wird auch auf die Reinigungsarten eingegangen, wie sich das strukturiert. In dem Bereich sind auch Drittunternehmen, das ist etwa ein Verhältnis von 50 %, tätig. Dies hat sich im Zuge dieses Vertragsverhältnisses herausgebildet. Grundreinigung sind Dinge, die etwas aufwendiger sind. Dann gibt es die Sonderreinigungen, wenn z.B. Schulfeste o.ä. stattgefunden haben. Dann gibt es Einzelaufträge, die zu dem mit diesen Unternehmen vereinbarten Kostensatz ausgeführt wird. Es gibt noch ein weiteres Segment, das ist die Glasreinigung und die Rahmenreinigung, die mit gesonderten Mitarbeitern, insbesondere auch mit Drittfirmen, ausgeführt wird. Das alles koordiniert die HWS. Es gibt im EB ZGM einen Ansprechpartner, der für die Dinge verantwortlich ist und die Kommunikation sichert, das ist Herr Mackies, der das schon seit Jahren macht und diesen Bericht auch verfasst hat. Das Resümee, was gezogen wird, heißt, die Selbstkostenfestpreiskalkulation der HWS GmbH für das Wirtschaftsjahr 2010 sieht insg. für alle im Bereich der Gebäudereinigung zu erbringenden Leistungen in Höhe von 5.816 T€ netto vor. Das ist gegenüber den Kosten, die ursprünglich mal in der Reinigung gezahlt worden sind, eine deutlich geringere Größenordnung. Es passiert in den delegierten Abfolgen, die gereinigt wird, es gibt eine Art Qualitätsmanagement. Da möchte ich aber noch zu einer Verbesserung kommen. Für mich ist erstaunlich, wie wenig in Richtung Beschwerden vorgetragen wird. Wenn wirklich konkrete

Dinge vorgetragen werden, werden diese auch relativ schnell erledigt. Es ist also so, dass die Reinigungsleistungen in dem vorgegebenen Rahmen erbracht werden. Dieser Vertrag läuft noch bis zum Jahr 2016.

Das für Sie zur Information, dass Sie wissen, es findet hier eine Kontrolle der preislichen und wirtschaftlichen Entwicklung auf diesem Bereich statt. Die Qualitätsflanke ist über ein solches System zumindest im Groben gesichert. Ich würde das gern noch stärker strukturieren. Das wäre eine Aufgabe, die wir in der nächsten Zeit vornehmen wollten.

Herr Schramm: Nachfrage zum Punkt 3, die Leistungen im Bereich Spitzenkennzahl Reinigungsleistungen, heißt Unterhaltung und Grundreinigung in m²/Stunde, d.h., man schafft heute 5,9 % mehr m² in einer Zeiteinheit und bei der Grundreinigung sind es 15,1 mehr m². Der Aufwand, also Kosten pro m² hat sich um 3,7 bzw. 12,8 % verringert. Ist das richtig so?

Herr Bielecke: Das ist richtig. Es ist insg. preiswerter geworden, das sind die Bezugsgrößen dazu.

Herr Dr. Pohlack: Das ist ein zweiseitiges Thema. Dann steht die große Frage, wie wird erreicht, dass die m²-Leistung pro Stunde steigt. Ich habe das Gefühl, es geht teilweise zu Lasten der Leute. Es ist de Facto eine untertarifliche Bezahlung, da die Stundennormen hochgesetzt wurden. Ich wäre jetzt zurückhaltend, mit einer euphorischen Darstellung. Mal abwarten, ob es wieder hochgesetzt wird, wenn wir nur noch hochgradig umweltzertifizierte Reinigungsmittel verwenden können.

Frau Wolff: Ich wollte das nur bestätigen. Das sind ja Leute, die vorher bei der Stadtverwaltung angestellt waren. Es ist erschreckend, was sie tariflich erhalten.

Herr Dr. Pohlack: So einen Weg kann man nicht mit gutem Gewissen empfehlen.

Auf Anfrage von **Herrn Menn**, ob es Vergleichszahlen zu einem privaten Anbieter gibt, antwortet **Herr Bielecke:** Das sind die branchenüblichen Kalkulationsgrundlagen, die hier angesetzt werden. Das sind die Bemessungsgrundlagen für die Vorgaben, die das Unternehmen seinen Mitarbeitern macht. Es gibt den Ansatz zu sagen, man geht aus dem Vertrag ganz raus. Dann würde man wahrscheinlich noch andere Zahlen erreichen, aber dann mit der Konsequenz, die auch hier diskutiert worden ist. Das hier ist ein ganz guter Mittelweg.

Herr Dr. Pohlack: Wenn jemand die absoluten Zahlen haben möchte, könnten wir diese dem Protokoll beifügen.

Frau Wolff: Bei uns ist die Frage aufgekommen zu diesen Teppichböden. Die sind z.T. so verdreckt, dass auch keine gründliche chemische Reinigung hilft. Das ist doch eigentlich Vermietersache. **Herr Bielecke:** Das ist eine sehr komplizierte Angelegenheit, weil der Vermieter diese Dinge auf uns abgewälzt hat als Stadt, die eigentlich seine Sache wäre. Hier im Haus bestehen die Verträge schon eine ganze Weile. Wir müssten in einer ziemlichen Größenordnung rangehen; die Mittel sind dafür nicht verfügbar. Man muss auch bei der Ausschreibung von Bauleistungen darauf achten, dass die richtigen Materialien eingesetzt werden.

zu 7.3 Sachstand Inanspruchnahme Mittel für Bauunterhaltung, Instandhaltung und Instandsetzung

Herr Bielecke: Wir können das fast nahtlos zu den vorhergehenden Punkten fortsetzen. Ich halte es für notwendig, dass Sie informiert werden über den Stand der Dinge. In den Gremien hat es die Anträge gegeben auch zur Bezuschussung des Eigenbetriebes. Wir haben die Zahlen hergenommen, die da sind. Niemand von den Mitarbeitern gibt Geld aus an Stellen, wo das nicht gerechtfertigt ist. Die Mittel müssen ja ohnehin freigegeben werden. Natürlich kann man Fehler nicht vermeiden. Wir haben eine Situation, die habe ich hier beschrieben, um Sie in Kenntnis zu setzen, wo wir davon ausgehen müssen, wir haben etwa einen Verbrauch von 60 % der verfügbaren Mittel. Wenn wir das hochrechnen auf die uns dieses Jahr noch verfügbare Zeit, dann sind wir etwa im November an dem Punkt, wo wir auch nicht mehr die zerschlagene Scheibe ersetzen können oder den Brandmelder und die Elektronik

wieder mal in Ordnung bringen müssen. Das können wir dann auch nicht mehr. Dann ginge es nur noch mit Nutzungsversagen. Ob das funktioniert, halte ich für sehr zweifelhaft. Ich wollte Ihnen das darstellen zur Information und vielleicht auch mit einem Fingerzeig auf die nächsten Jahre. Die Entwicklungen werden 2011, 2012, 2013 dahin gehen, dass wir ca. 1,1 bzw. 1,2 Mio. € zur Verfügung haben. Und das bei dem durchgeführten Personalabbau, den wir gemacht haben. Wenn wir im Bereich der Hausmeister abbauen werden, dann werden wir dort Leistungen, die heute erbracht werden können, nicht mehr bringen können und die müssen wir dann einkaufen. Dann wird es nicht günstiger. Z.B. führen wir die Prüfung der ortsveränderlichen Geräte mit 2 Mitarbeitern durch. Wenn wir diese Leistung einkaufen würden, dann würden wir etwa das 1 ½-fache an dem ausgeben, was wir jetzt hier machen. Das wird immer zweckmäßiger, weil wir da Aufgaben konzentriert haben und es ist auch im Bereich der Hausmeister so. Man kann dann nicht mehr mit Fremdleistungen in solchen differenzierten Bereichen zu nachhaltigen Ergebnissen kommen, wenn man sich an die Vorgaben hält, die da heißen, Tariftreue und ähnliche Dinge. Deshalb die Information, damit Sie nicht von dieser Entwicklung überrascht sind. Wir werden nochmal in Richtung der Kämmerei kommunizieren. Das haben wir auch schon getan und werden das nochmal auf dieser Grundlage vertiefen. Wir haben bei den Vorhaben, wo wir täglich darauf reagieren müssen, etwa 1 Mio. € fest gebunden, also Aufträge übergeben u.dgl., z.B. insb. bei den Zeitvertragsarbeiten. Wir haben z.B. Dinge, die in den Ferien verrichtet werden müssen. Wenn wir Schulen herrichten, um dann Ausweichobjekte zu haben o.ä.. Da sind wir bei einer Größenordnung, die nochmal ca. 750 T€ ausmacht. Das macht zusammen nicht ganz 2 Mio. € und uns stehen 2.984 T€ zur Verfügung. Das ist deshalb, weil wir diese ATZ-Initiative genutzt haben und weil wir andere Dinge genutzt haben, um alles, was in die Bauunterhaltung hinein gepackt werden konnte, auch in die Bauunterhaltung hinein zu bekommen. Wir können auch durch Umverteilung innerhalb dessen, was wir im Wirtschaftsplan haben, kaum Verbesserungen erreichen.

Herr Menn: In diesem Zusammenhang und im Zusammenhang mit dem nächsten Tagesordnungspunkt habe ich die Bitte, dass Informationen ca. 1 Woche vor der Sitzung zur Verfügung gestellt werden. Es ist für uns schwierig zu beurteilen, was man gerade erst auf den Tisch gelegt bekommen hat. Hinzu kommt, dass von der BMA zu diesem Punkt dann keine Information erfolgt.

Herr Bielecke: Wir haben die aktuellen Zahlen abwarten wollen. Das hätten wir vielleicht vor 14 Tagen in ähnlicher Art und Weise machen können. Das akzeptiere ich. Beim Stadion ist das noch etwas anders, weil wir da stärker den Tagesbezug haben. Ich muss Sie hier über den aktuellen Stand informieren. **Herr Dr. Pohlack:** Wir hatten auch ein wenig ein ungutes Gefühl, weil wir formal noch ohne Wirtschaftsplan waren; den haben wir ja erst gestern beschlossen. **Frau Wildgrube:** Eine Woche vorher wäre o.k., der Assistent der Geschäftsleitung könnte ja diese Aufgaben für die Zukunft übernehmen.

Herr Dr. Pohlack: Das ist angekommen und wird angenommen.

Herr Bielecke bejaht die Anfrage von **Frau Wolff**, dass sich Herr Wolter bei evtl. Fragen gern an ihn wenden kann.

Herr Bielecke: Wir berichten auch an die BMA und machen den Halbjahresbericht. Wir haben diesen Ausschuss nochmal vor der Sommerpause gemacht. Nach der Sommerpause kommen wir wieder zusammenkommen, wenn nicht besondere Dinge anliegen, die eine Ausschusssitzung dringend erforderlich machen. Über diese Entwicklung werden wir dann auf jeden Fall aktuell berichten und werden das fortschreiben.

zu 7. Sachstand Sanierung Stadion Halle-Neustadt

Herr Dr. Pohlack: Besteht noch Erläuterungsbedarf? Wir hatten ja gestern im Stadtrat diese Berichterstattung auch gehabt.

Herr Bielecke berichtet über die aktuelle Situation. Wir sind ganz intensiv mit der Kämmerei in Verhandlungen. Diese Kosten, die heute notwendig sind, um das zu realisieren, sind nicht Kosten, die aufgrund einer Fehlplanung entstanden sind, sondern wir haben die Situation, dass wir zu Beginn dieses Vorhabens einen Antrag stellen durften innerhalb von 2 Tagen. Wir haben eingereicht 2,4 Mio. € für die Dinge, die anstehen und haben das Konzept gehabt, dass wir die bestehenden Anlagen auch möglichst weiter verwenden können. Das geht aber nun tatsächlich nicht, weil die Genehmigung notwendig ist. Wir haben eine Versammlungsstättenverordnung. Da geht es bei den Treppenstufen los und wenn man das ändern will, muss man die Geometrie dieses Walls verändern. Das haben wir bereits getan und daher bauen wir für die Zukunft neue Traversen auf. Das hat mit den ursprünglichen Kosten nichts zu tun. Das gleiche ist auch so bei dem Gebäude. Wir können nicht mit dem Bestandsschutz, was wir gehofft haben, herangehen. Wir müssen den Brandschutz auf den Stand des heutigen Tages bringen. Das bringt Kosten mit sich, die wir nicht abweisen können, die sich auf diese 2,8 Mio. € belaufen. Das haben wir kommuniziert und haben den Kollegen auch die Bitte herangetragen, zur Finanzierung zu kommen. Es ist zunächst ein Antrag gemacht worden, der über diesen 80 / 20 % – Regelsatz hinaus geht. Bei den Fördermitteln ist es so, ursprünglich bei den K II-Maßnahmen haben Sie 12,5 % Eigenanteil, und der darf ja erhöht werden durch diesen zinsgünstigen Kredit auf 20 %. Da kommt man in etwa auf eine Größenordnung von 200 T€, die noch finanziert werden können auf diesem Weg. Als Grenze für die 80 %-Förderung sind die hoch gebundenen Projekte.

Wir müssen, wenn wir diese Dinge termingerecht fertigstellen wollen, auch die letzten Lose zur Vergabe bringen. Wir sehen das nur als möglich an, wenn es jetzt eine Zwischenfinanzierung aus diesen Mitteln des Eigenbetriebes gibt. Wir haben liquide Mittel, die aber nur begrenzt liquid sind, d.h., wir müssen sie über diese Frage ATZ Rückstellungen bilden, die verwendet werden können, aber natürlich auch wieder zurück fließen müssen. Das könnte eine Überbrückung sein, bis dann endgültig die Dinge zur Verfügung stehen. In der nächsten Woche muss dazu eine Entscheidung getroffen werden, weil wir sonst z.B. das Gewerk Zaunbau nicht umsetzen können und das sind ja die Sicherheitsanforderungen, die wir auf jeden Fall erfüllen müssen. Am 05.08.10 ist das erste Spiel regulär vorgesehen.

Frau Wildgrube: Verständnisfrage: Seite 2 „der verbleibende Finanzbedarf von ca. 400 T€ soll aus Mitteln gedeckt werden Stadumbau Ost, aber diese Mittel sind noch nicht verfügbar.“ D.h. sie sind beantragt und wir wissen nicht wann entschieden wird.

Herr Dr. Pohlack: Wir sollen inzwischen etwas anderes machen.

Man muss sich mal erinnern, wie dieser Zuschuss für Halle-Neustadt überhaupt zustande gekommen ist. Irgendwann ging der Hilferuf an unseren Bauminister. Können wir finanzielle Unterstützung bekommen, um das Stadion Neustadt so zu ertüchtigen, dass wir in der Bauzeit nicht nach Leipzig fahren müssen. Der Bauminister hat sehr wohlwollend darüber nachgedacht und kam mit der Aussage, er habe im Städtebaufördertopf Soziale Stadt noch so und so viel. Daraufhin ist in dem Rahmen geplant worden. Dann muss ein Stadion, wenn es in Betrieb gehen soll, vom DFB abgenommen werden. Im Januar diesen Jahres hat es eine Verhandlung mit dem DFB gegeben, wo das Projekt vorgestellt wurde und bestimmte Sicherheitsanforderungen ganz massiv aufgemacht worden sind. Zu diesem Zeitpunkt ist dann diese Summe von 2,8 entstanden. Am vergangenen Freitag haben wir nochmal 200 T€ Kredit nachbekommen, so dass diese 20 % Eigenanteilquote auf 2,4 Mio. € bezogen, ausgeschöpft ist und jetzt verbleiben noch 400 T€, die wir aus anderen Mitteln aufbringen müssen. Da fügen sich zwei Dinge. Wir hatten im Rahmen des im Stadtrat diskutierten Förderprogrammes Soziale Stadt eine Maßnahme drin, Gestaltung der Zugänge von der Magistrale in die Neustädter Passage, mit dem Betrag von ca. 465 T€. Diese gestaltete Fläche griff z.T. bis auf die gegenüberliegende Seite der Hochhausscheiben rein. Jetzt beschäftigen wir uns verstärkt mit der Frage, was wird mit den Hochhäusern. Deshalb schien es sinnvoll, diese Gestaltungsmaßnahme in der Ausführung nochmal ein oder zwei Jahre zurück zu stellen. Da die Mittel aber im Rahmen des Förderprogrammes bewilligt sind, hier einfach eine Umschichtung vorzunehmen. Das Stadion Neustadt gehört in die Förderliste Soziale Stadt mit rein. So könnten wir gewährleisten, dass das finanziell gedeckt wird.

Frau Wolff: Kurze Nachfrage, die 400 T€ für das Neustadt-Stadion haben wir doch beschlossen im Rahmen der Sozialen Stadt. Haben wir nicht das genommen zum Tausch für die Spielplätze?

Herr Dr. Pohlack: Das war es mit Sicherheit nicht. Wir haben mit dem Förderbeschluss Soziale Stadt quasi den Förderrahmen formuliert und gesagt, es besteht aus verschiedenen Einzelprojekten, die untereinander durchaus austauschbar sind.

Der Baubeschluss war jetzt vorbereitet. Ich sehe noch mal nach, wo das Geld ursprünglich herkommt.

Auf Anfrage von **Frau Wolff**, ob es dann aber bei dieser Summe bleibt, antwortet **Herr**

Bielecke: Wir geben uns allergrößte Mühe. **Herr Dr. Pohlack:** Es gibt immer wieder raffinierte Versuche der Baubetriebe, noch Nachträge durchzusetzen. **Herr Bielecke** kann das für ein großes Bauunternehmen der Stadt hier durchaus bestätigen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 9 Anregungen

Herr Schramm: Gibt es einen Vorschlag von der Geschäftsführung, wie wir mit diesem Antrag Reinigungsmittel verfahren, dass man eine Einschätzung gibt, was ist denn für die Stadt Halle sinnvoll und ist es auch bezahlbar?

Herr Bielecke: Wir haben die Anfrage an unseren Vertragspartner gerichtet, denn wir kaufen das ja gar nicht ein. Für den Bereich, wo wir selber einkaufen, machen wir das, das sind geringe Mengen. Insofern wäre der Antrag in dem Sinne schon erfüllt. Aber ich denke, es geht ja schon darauf hinaus, dass auch in unseren Gebäuden solche Mittel zum Einsatz kommen. Das haben wir angefragt, was heißt das, wie wird sich das kostenseitig auswirken. Sobald die Antwort vorliegt, werden wir diese auch kommunizieren. Dann kann man auch sachkundig entscheiden, will man das oder geht man möglicherweise auch auf ein anderes Zertifikat über. Man muss prüfen, welches Zertifikat sichert denn z.B., dass die Mittel, die unbedingt notwendig sind, auch verfügbar sind oder muss man vielleicht auch ein anderes akzeptables Zertifikat nehmen und sichert den Umweltgedanken. Nicht jeder hat jedes Zertifikat und das kostet bei jedem Produkt viel Geld.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04. Juni 2010

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Karin Harkenthal
Stellv. Protokollführerin